

## Straßenbeiträge Aktiver Widerstand war erfolgreich

Alle Fraktionen im Stadtparlament Mörfelden-Walldorf stimmten dem Antrag zu, in dem es heißt: *Der Magistrat wird beauftragt, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage einzubringen, welche die im vergangenen Jahr beschlossene Straßenbeitragsatzung für Mörfelden-Walldorf aufhebt. Alle bereits zur Umsetzung dieser neuen Satzung eingeleiteten Maßnahmen sind unverzüglich einzustellen.* Grundlage für diesen Antrag ist ein Beschluss im Hessischen Landtag. Danach können Kommunen selbst wählen, ob sie eine Straßenbeitragsatzung wollen oder nicht (aus Platzgründen können wir heute nicht über die Diskussionen im Landtag berichten).

Die Straßenbeiträge sind bei uns vom Tisch, aber nicht für ganz Hessen abgeschafft. Leider sind durch die momentane Rechtslage viele Bürger und Bürgerinnen in Hessen weiter von gewaltigen Kosten bedroht. Ihnen gehört unsere Solidarität. In unserem Rathaus haben die Vertre-

ter der momentanen Koalition jetzt die Bürgeraktion Mörfelden-Walldorf und die aktiven Bürgerinnen und Bürger überschwänglich gelobt.

Wir können das einschätzen, erinnern aber an die Tatsache, dass die gleichen Leute vor einem halben Jahr noch politisch Andersdenkende als „linke Hetzer“ bezeichneten und dass man viel Geld für Rechtsanwälte ausgegeben hat, die bei Großversammlungen die Leute „bequatschten“.

Stadtrat Ziegler (Freie Wähler) und Bürgermeister Becker (SPD) haben sich wahrlich nicht als entschiedene Kämpfer für die Einwohner gezeigt. Man kann ihr Handeln gern noch einmal im Internet überprüfen.

(siehe: „blickpunkt“ ab Nr. 560 unter [www.dkp-mw](http://www.dkp-mw))

Im Stadtparlament haben Freie Wähler, FDP und SPD wenigstens jetzt zugegeben, dass es ohne die Bürgeraktion und ohne die hessenweite Vernetzung kaum zu einer Gesetzesänderung in Wiesbaden gekommen wäre! Es bleibt richtig: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“!

Solidarisch  
mit der  
Feuerwehr

Die Stadtverordnetenversammlung am 19. Juni 2018 wird in die Stadtgeschichte eingehen.

Um was geht es? Es gab seit einiger Zeit eine Diskussion, ob man die bestehenden Feuerwehrstandorte in beiden Stadtteilen sanieren oder einen Neubau zwischen Mörfelden und Walldorf errichten sollte.

Die SPD und der Bürgermeister setzten lange auf eine dezentrale Lösung. Dann kamen die Freien Wähler, verteilten im Januar ein geschickt aufgemachtes Faltblatt mit vielen geschönten Fakten und der Koalitionspartner SPD fiel um.

Wenn man sich nicht um die Ortspolitik kümmert, wenn man erzählt bekommt: es wird billiger und besser, kann man auf die „zentrale Lösung“ hereinfallen. Man muss also vor allem auf die Fachleute hören - und das ist natürlich die Feuerwehr in Mörfelden und Walldorf.

Wenn man nicht auf Fachleute hört, wenn man nicht nachrechnet, kann es leicht passieren, dass man hereinfällt. Oder umfällt.

So offensichtlich die SPD. Zwei Tage vor der Stadtverordnetenversammlung hörten wir: die SPD spürt den Druck vor Ort, Landtagswahlen und Bürgermeisterwahl stehen an - man will den Tagesordnungspunkt „Feuerwehrstandorte“ doch

Fortsetzung Seite 3



Demo gegen Straßenbeiträge in Wiesbaden - Teilnehmer aus Mörfelden-Walldorf.

**Große und kleine Politik gehören zusammen. Wenn oben das Geld falsch ausgegeben wird, fehlt es unten in der Kommune!**

**Die DKP und der „blickpunkt“ beteiligen sich an der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“.**

**Unterschriftslisten, Materialien und weitere Infos gibt es hier: [www.abruesten.jetzt](http://www.abruesten.jetzt) oder bei: Gerd Schulmeyer, Tel.23366**

## Panzer an der Grenze von Russland

Selbst Leute, die sich wenig um Politik kümmern, werden unruhig. Gespräche im „Aldi“. Gesprächsfetzen: „Was macht die Nato an der Grenze Russlands? - „Will man provozieren“ - „Die wollen den Putin weg haben.“ - „Die Rüstung steigt und steigt. - Jetzt kriegen wir auch noch Kampfdrohnen!“ Mandarfen den Leuten die Unruhe nicht ausreden.

Die Nato-Planung, die Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdopplung der Militärausgaben.

Das 2-Prozent-Ziel der Nato, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale.

Zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben – das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen: für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

An dem US-geführten Manöver „Saber Strike“ (Säbelhieb) - im Baltikum (Estland, Litauen, Lettland) und Polen nahmen in diesem Jahr 18.000 Soldaten aus 19 Ländern teil; darunter auch jene Bundeswehrsoldaten, die

in Litauen ein Nato-Bataillon führen. Unzählige US-Militärfahrzeuge hatten sich dafür von ihren deutschen Standorten aus auf den Landweg Richtung Osten gemacht. Das Säbelrasseln vor Russlands Haustür wurde vom größten Marinemanöver des Nordatlantik-Paktes begleitet: 43 Schiffe, 60 Flugzeuge und fast 5.000 Soldaten aus 22 Ländern waren beteiligt.

Wenige Tage vor der Fußballweltmeisterschaft in Russland sei das eine Provokation, so der Moskauer Militärexperte Juri Netkatschew.

Denn im NATO-Hauptquartier macht man keinen Hehl daraus: Dieser Aufmarsch war ein demonstratives Signal Richtung Moskau wie an die Mitgliedstaaten an der Ostflanke, die wegen der vermeintlichen russischen Bedrohung Bündnistreue einfordern. Man probt den Ernstfall.

Die Nato-Staaten haben Russland gerade über ein weiteres Großmanöver im Herbst 2018 informiert. An der „Übung“ »Trident Juncture« (Dreizackiger Verbindungspunkt) im nordöstlichen Bündnisgebiet werden sogar rund 40.000 Soldaten teilnehmen.

Das größte Militärbündnis der Welt hat seine Präsenz an der Grenze zu Russland seit 2016 massiv verstärkt. Doch der rechten nationalistischen Regierung in Warschau ist das noch zu wenig. Polen wäre bereit, sich mit zwei Milliarden US-Dollar an der Errichtung einer ständigen USA-Militärbasis im Lande zu beteiligen, wurde jetzt bekannt.

## Runter mit der Rüstung - mehr Geld den Kommunen

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich gegen das 2%-Ziel bei Rüstungsausgaben zu engagieren.

Der DGB fordert stattdessen verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion. Die Gewerkschaften unterstützen deshalb die Petition „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Der DGB-Vorsitzende: Reiner Hoffmann: „Aufrüstung ist die dümmste Antwort!“



## Neues Zeichen am alten Rathaus

Der „Engel der Kulturen“ wurde während einer Veranstaltung auf dem Rathausplatz enthüllt. Das Kunstprojekt, das sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Fundamentalismus richtet, hatte dort einen guten Start. Symbolisch wurde dann der „Dialog ins Rollen“ gebracht.

Bei den vielen Unterstützern war auch die „Aktion Toleranz“, aus deren Stellungnahme wir zitieren:

### Die Friedensverhinderer Waffenzulieferer Deutschland

*Deutschland wirkt wie ein zutiefst friedliches Land. Doch das stimmt nur bedingt. Seit Mitte der 1950er Jahre verkaufen deutsche Rüstungsfirmen Waffen in alle Welt... Nach dem Zweiten Weltkrieg verboten die Alliierten den Deutschen die Rüstungsproduktion. Nie wieder sollte von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Die westlichen Staaten brauchten die Bundesrepublik allerdings im Kalten Krieg als wehrhaften Verbündeten. So kam es, dass das eigentlich entmilitarisierte Land bereits im Mai 1955 wieder eine eigene Armee bekam und der Nato beitrug. Auch die deutsche Rüstungsproduktion und der Waffenexport wurden stillschweigend wieder erlaubt. ... Heute sind sämtliche deutschen Waffenfirmen in privater Hand, wobei manche Firmen großen Konzernen angehören, während andere im Familienbesitz sind. Gemeinsam ist allen, dass sie international gut im Geschäft sind. Nur die USA und Russland verkaufen mehr Waffen, danach kommen China und Frankreich. ... Die überwiegende Mehrheit der Deutschen - laut einer Emnid-Umfrage von 2016 sind es 83 Prozent - lehnt die Waffenexporte ab.*



Fortsetzung von Seite 1

noch einmal verschieben und mit den Aktiven der Feuerwehr weiter reden. Doch es kam anders!

FDP und Freie Wähler setzten die SPD offenbar unter Druck und sie fiel erneut um.

Man legte nur einen neuen Absatz für die Abstimmung vor: „Wir beschließen, aber wir diskutieren weiter.“

Das war dann der Punkt, bei dem vielen Feuerwehrleuten „der Kragen platzte“.

Da sitzen zahlreiche aktive Feuerwehrleute im Sitzungssaal und spüren: „Wir werden gerade verarscht!“

Ihre Antwort: Überfünfzig Feuerwehrkameraden legten ihr Amt nieder. Die Wehr nur noch bedingt einsatzbereit.

Viele junge Feuerwehrleute, gut ausgebildete junge Menschen, waren nach dem Beschluss tief enttäuscht „von der Politik“, wie sie sagten. Viele auch von der SPD, auf die sie hofften. Sie haben in der Stadtverordnetenversammlung bei allen vorgetragenen guten Sätzen die Ignoranz verspürt, die Nichtanerkennung ihrer Leistung. Das ist tödlich für das ehrenamtliche Engagement. Dieser Koalition, die einen wirtschaftsorientierten Kurs fährt, die eine Stadt wie einen Konzern führen will, kann man nur raten:

Denkt nach!

Seid ihr bereit, nachts aufzustehen und Feuer zu löschen?

Wärt ihr bereit, eine Familienfeier zu verlassen, um auf der Autobahn

Menschen aus einem brennenden Auto zu schneiden?

Würdet ihr freiwillig unsagbar schwere Übungen - mit Atemgeräten durch eine verrauchte Röhre - absolvieren? Die Sprüche von einigen FW-, FDP- und SPD-Vertretern im Stadtparlament waren arrogant, überheblich und oft von wenig Sachkenntnis getrübt.

Man kalkulierte den Zorn der Aktiven ein. Man dachte wohl, es ist eine Fußball-WM, die Leute vergessen schnell. Das alles waren dann auch die Gründe, dass so viele die Brocken hingeworfen haben.

Die SPD-FW-FDP-Koalition sollte jetzt keine weiteren falschen Schritte machen, sondern ihre Haltung revidieren.

## Es ist noch nicht aller Tage Abend

„Wer A sagt, der muß nicht B sagen.

Er kann auch erkennen, daß A falsch war.“

Bertolt Brecht

Die DKP/Linke Liste steht zu den Stadtteilfeuerwehren in Mörfelden und Walldorf und damit auch zu den zwei Standorten, die wir nicht nur zur Einhaltung der Hilfsfristen für unverzichtbar halten.

Der Brandschutz ist durch die Freiwillige Feuerwehr in jeder Hinsicht gewährleistet und die Vereine leisten effektive Nachwuchsarbeit.

Beides wird durch die Orientierung auf einen zentralen Standort in Frage gestellt.

Wer darüber hinaus die vor allem zur Rettung von Menschenleben wichtigen Einhaltung der Hilfsfristen zur Nebensache erklärt, spielt mit dem Feuer.

Von den politisch Verantwortlichen „schöngerechnete“ Zahlen und Zeiten können die Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner sehr schnell teuer zu stehen kommen. Brandschutz gibt es nicht zum „Nulltarif“.

Begründete Bedenken der Feuerwehr, dass im Falle einer Zusammenlegung mit einem Rückgang von 30% der Feuerwehrleute zu rechnen ist und der Brandschutz aufgrund der gesetzlichen Hilfsfristen nur noch durch zusätzliche hauptamtliche Kräfte sichergestellt werden kann, werden in den Wind geschlagen.

Die intensive Jugendarbeit - diese bildet die langjährige Grundlage für den ehrenamtlichen Brandschutz, wird auf's Spiel gesetzt.

Es bleibt richtig: Kurze Wege gewährleisten effektiven und flächendeckenden Brandschutz. Die Sanierung der bestehenden Gerätehäuser ist merklich günstiger als ein zentraler Neubau.

Die Ehrenamtlichkeit der Wehr spart der Stadt Millionen Euro an Personalkosten.

Die Orientierung auf ein zentrales Feuerwehrgerätehaus stellt die gewachsenen und funktionierenden Strukturen in den Stadtteilen beim Brandschutz in unserer Stadt in Frage. Wir wollen, dass diese Strukturen erhalten und gestärkt werden.

Die Freiwilligen Feuerwehrleute sind die, die in Gefahrensituationen jederzeit „den Kopf hinhalten“. Sie sind „Fachleute“. Ihr Wort hat deshalb besonderes Gewicht.



Tim Beyermann, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:

Der lang erwartete „Gipfel“ zwischen Donald Trump und Kim Jong-un in Singapur fand statt.

Nicht nur in Ostasien, sondern weltweit wurde dieser Tage gespannt auf den kleinen Inselstaat geschaut und auf das Treffen, von dem sich so viel erhofft wurde. In Japan hatte man bis zuletzt versucht, auf Trump einzuwirken, um auch das Schicksal der 17 in „Nordkorea“ verschwundenen japanischen Staatsbürger auf die Agenda zu setzen. ... Ebenso versicherte er der Weltöffentlichkeit die immense Tragweite der unterzeichneten Dokumente, obwohl in diesen keine genauen Maßnahmen zur „Denuklearisierung“ zu lesen waren.

Schaut man dieser Tage nach Deutschland, ist das Thema eigentlich auch schon „ad acta“ gelegt worden. Es ist schließlich Fußball-WM. Auch ist noch fraglich, welches unpopuläre Gesetz die Bundesregierung in dieser Legisla-

tur während der WM durchpeitschen wird. Wahrscheinlich wird die Erhöhung der Parteienfinanzierung das Rennen machen und damit in stolzer Tradition stehen. Wir erinnern uns an die Erhöhung der Mehrwertsteuer (2006) und das Anheben des Krankenkassenbeitrags (2010).

Es gab den Versuch einer Verschärfung des Meldegesetzes (2012), die Reform der Lebensversicherung zu Lasten der bestehenden Versicherungen (2014) sowie den Versuch, die Erbschaftssteuer für betriebliche Vermögen abzuschaffen, die Möglichkeiten für Fracking in Deutschland zu testen, sowie ein „Anti-Terror-Gesetz“ incl. einer Ausweitung der Befugnisse für Polizei und Geheimdienste (2016).

Wer während großer Fußballmeisterschaften versucht, über übersteigerten Nationalismus zu reden, wird auf taube Ohren stoßen.

Warum das aber auch für jeden anderen Belang gelten muss, der in diesen heiligen vier Wochen auf dem Plan stehen könnte, ist mir persönlich allerdings ein Rätsel.

## Vor 80 Jahren: Lilo Herrmann hingerichtet



In diesem Monat wird auch von uns der Opfer des 20. Juli 1944 gedacht. Wir denken aber auch an andere Opfer des Faschismus. Am 20. Juni 1938 wurde die Kommunistin und antifaschistische Widerstandskämpferin Lilo Herrmann im Alter von 28 Jahren von den Nazis hingerichtet. Sie kam unter das Fallbeil, obwohl sie ihren kleinen Sohn Walter zurücklassen musste. Er wurde von Lilos Eltern großgezogen. Liselotte Herrmann hatte vom ersten Tag an gegen die Nazi-Barbarei gekämpft. Auch Fritz Rau, der Vater ihres Kindes, war im Widerstand und wurde am 20. Dezember 1933 von Nazischer Gen im Gefängnis Berlin-Moabit bestialisch totgeschlagen. Wir erinnern beispielhaft an sie und die vielen antifaschistischen Opfer, an die man sich kaum noch erinnert, u.a. auch, weil man ihre Gedenkstätten in der DDR nach dem Beitritt „entsorgt“ hat und die Straßen mit ihren Namen umbenannte.

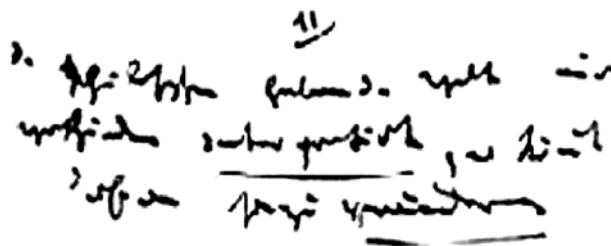
## Ehrungen und sonstiges

Zum 200. Geburtstag von Karl Marx wird jetzt doch wohl auch in unserer Stadt an ihn gedacht. Nachdem wir mehrmals darauf hinwiesen, dass ein Stadtverordnetenbeschluss von 1983, eine „Marx-Eiche“ zu setzen, nicht umgesetzt wurde, gibt es eine erste Zusage, dies jetzt zu realisieren.

Das zuständige Amt schreibt u.a.: „Es wird vorgeschlagen, bei der Nachpflanzung der Linden auf dem Dalles-Parkplatz eine entsprechende Namensgebung vorzunehmen. Die Nachpflanzung soll im Herbst dieses Jahres erfolgen. Hierbei wird vorgeschlagen, aufgrund der Problematik mit dem Eichenprozessionsspanner auf die Pflanzung von Eichen zu ver-

zichten und ausschließlich Linden zu pflanzen“. Kein Problem. Linden, sofern man sie pflegt und regelmäßig wässert, werden uralte. Karl hätte sicher auch nichts dagegen-schließlich gilt: „Was juckt es die Eiche, wenn sich die Sau dran reibt!“

Ein Lebensmotto von Karl Marx war übrigens „De omnibus dubitandum – An allem ist zu zweifeln.“ Wir wollen mal glauben, dass man im Rathaus die Aktion im Herbst plant und gut vorbereitet (gerne helfen wir dabei).



Originalhandschrift von Karl Marx. Schwer zu lesen, aber wichtig bis heute! These über Feuerbach „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.“

## Ein Schwimmbad darf nie „eingespart“ werden

In der letzten Ausgabe berichteten wir schon über unser Schwimmbad - 90 Jahre wurde es alt. Wir hatten danach viele Gespräche und es gab Hinweise, auf die wir kurz eingehen wollen.

Bei der Eröffnung sagte Bürgermeister Klingler: „Licht, Luft, Sonne und Wasser sind die besten Ärzte“ ... „Es ist besser, ein Schwimmbad zu bauen, als ein Krankenhaus errichten zu müssen.“

Das war die Zeit, in der Rachitis oder Tuberkulose oft schon Kinderkrankheiten waren.

Viele konnten nicht schwimmen. Über viele Jahre wußte man, ein Schwimmbad ist eine große Errungenschaft. Aber in den vergangenen Jahrzehnten kam immer mal wieder das Wort „Schwimmbad-Schließung“ in die Diskussion.

Wir haben solche Ansätze immer hart zurückgewiesen. Das ist wichtig in einer Zeit, wo die Zahl der Menschen, die schwimmen können, ständig zurückgeht, weil Hallen- und Schwimmbäder „aus finanziellen Gründen“ geschlossen werden. Wir müssen wachsam bleiben, damit nicht irgendwelche weltfremde und geschichtslose „Schutzschirm-

Politiker“ auch bei uns mal wieder auf „dumme Gedanken“ kommen.

Mehr Infos über das Schwimmbad: [http://www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/2015\\_09\\_537.pdf](http://www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/2015_09_537.pdf) (Seite 6)



Fotos: Das Ehepaar Schluckebier - Katharina („Schwimmbad-Kätha“) und ihr Mann Ludwig („Schwimmbad-Lui“) - war viele Jahrzehnte im Schwimmbad beschäftigt. Unten: Ein wiedergefundenes Foto mit Kindern vor „ihrem“ Becken.



## Der Rechtsentwicklung entgegen wirken

Es gibt einen wichtigen Aufruf im Netz. Innerhalb weniger Tage wurde er von Tausenden unterschrieben. Auszüge:

Wir erleben seit Monaten eine unerträgliche öffentliche Schmutzkampagne, einen regelrechten Überbietungswettbewerb der Hetze gegen Geflüchtete und Migrant\*innen, aber auch gegen die solidarischen Milieus dieser Gesellschaft. Die politischen Debatten über Migration und Flucht werden seit Monaten von rechts befeuert und dominiert – und

kaum jemand lässt es sich nehmen, auch noch mit auf den rechten Zug aufzuspringen.

Doch nicht nur das. Inmitten einer immer noch lebendigen Willkommens- und Unterstützungsbewegung, inmitten der großen und wachsenden Proteste gegen die AfD, inmitten der beeindruckenden Kämpfe von Geflüchteten für ihr Recht auf ein gutes Leben und inmitten wachsender Bewegungen für eine nachhaltige, globale Gerechtigkeit wird vielerorts so getan, als sei der Rechtspopulismus der einzig maßgebliche Ausdruck der aktuellen gesellschaftlichen

Stimmungslage. Diese Behauptung ist falsch. Und sie ist politisch fatal.

Es ist daher für uns an der Zeit, gemeinsam und eindeutig Stellung zu beziehen. Wir verweigern uns ausdrücklich der politischen Logik einer sich verfestigenden rechten Hegemonie. Wir wenden uns gegen eine Politik des Ressentiments – und gegen Strategien, die hieraus Kapital schlagen wollen für eine nur dem Anschein nach progressive oder soziale Politik.

Links zum Thema: [https://solidaritaet-statt-heimat.kritnet.org/www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/2015\\_09\\_537.pdf](https://solidaritaet-statt-heimat.kritnet.org/www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/2015_09_537.pdf)



## Ohne Rente sehen wir alt aus

„Die Rente muss zum Leben reichen“ - was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ist tatsächlich eine Wahlkampfparole. Das zeigt bereits, wie es mit dem deutschen Rentensystem aussieht. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Veränderungen hat die Bundesregierung ihre Rentenpläne vorgestellt. Wer die Eckpunkte (Rentenniveau nicht unter 48% des Bruttolohnes und Beitragssatz nicht über 20%) sowie die Zusammensetzung ihrer Rentenkommission kennt, weiß aber schon, worauf das hinauslaufen soll bzw. wird: Ein höheres Einstiegsalter (die sog. „Wirtschaftsweisen“ fordern schon die Rente mit 71) und immer mehr private Vorsorge (für die

Arbeitnehmer gilt die Begrenzung des Beitragssatzes also nicht!).

Warum werden gesellschaftliche Probleme bei uns eigentlich immer nur so „gelöst“, dass sich der Privatsektor (im Falle der Riesterrente die Banken und Versicherungen) noch zusätzlich bereichern kann bzw. ihm neue Geschäftsfelder serviert werden? Das sind wohl die besonderen „Problemlösungspfade“ im Kapitalismus.

International hat das System der paritätisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung keinen schlechten Ruf. Man darf aber nicht vergessen: Schon das heutige Rentenniveau schützt in unserem Land viele nicht vor Altersarmut. Außerdem sollte man schon auch mal nach Österreich und in die Schweiz schauen: „An der Grundaussage - in Österreich werden höhere Renten gezahlt - ist was dran“, sagt z.B. Reinhold Thiede von der Deutschen Rentenversicherung.

### Was müsste passieren?

Am einfachsten scheint es meistens, bei höheren Ausgaben den Beitragssatz anzuheben. Damit sind die Unternehmer weiter paritätisch an

der Finanzierung der gesetzlichen Renten beteiligt, was den Kostenanstieg dämpft.

### Wichtig wäre etwas anderes

Wenn es mehr staatliche Zuschüsse für die politisch gewollten Zusatzleistungen des deutschen Rentensystems - wie z.B. die Mütterrente - gäbe, wenn es weniger Niedriglöhner und Minijobs gäbe, wenn es auch für Menschen ab 55 Jahren noch Arbeitsplätze gäbe, wenn die Beitragsbemessungsgrenze (die Gutverdiener bevorteilt) endlich fallen oder wenigstens angehoben würde, dann käme das Rentensystem mit dem demographischen Wandel auch ohne eine Anhebung des Beitragssatzes klar.

Eine Arbeitsmarktpolitik, die die derzeit vor allem unterbeschäftigten Gruppen wie Frauen, Ältere und Migranten stärker in (gute) Beschäftigung bringt, ist also auch für die Rente eine zentrale Stellschraube. Übrigens: Wenn es gelänge, die Rente aus dem Produktivitätsfortschritt zu speisen, gäbe es die Probleme gar nicht. Der steigt nämlich schneller als die Rentenausgaben.

## 3,8 Milliarden fließen ins „Nirwana“

Wenn über die Zukunft der Renten gesprochen wird, heißt es immer wieder: „Die Leute werden älter. Wer soll das alles bezahlen?“

Reden wir jetzt mal nicht über das Geld, das Rüstungskonzerne einstecken, die an Spannungen und Krieg profitieren.

Reden wir mal von der ständigen unfassbaren Bereicherung einer kleinen Clique.

Mehr als zehn Prozent der DAX-30-Aktien haben keinen öffentlich zurechenbaren Besitzer. Viele Dividenden landen in Steueroasen.

Über 36 Milliarden Euro an Dividenden schütten Deutschlands größte Aktiengesellschaften für das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 an ihre Eigentümer aus. Das sind 15% mehr als vor einem Jahr. Doch wer sind die Begünstigten? Wer hält das Stimm-

recht und damit die ökonomische Gewalt über Deutschlands größte Unternehmen in seinen Händen?

Fakten: Internationale Investoren kaufen sich immer mehr in hiesige Unternehmen ein. 2016 hatten sie 52,4% der DAX-30-Aktien - Tendenz steigend.

Viele DAX-Konzerne sind Weltunternehmen mit Hauptsitz in Deutschland. Bei immer mehr Aktien ist der Eigentümer nicht öffentlich zuzuordnen. Man weiß nicht genau, ob sie sich im Ausland oder im Inland befinden. Dadurch entfallen 3,8 Milliarden Euro an Dividendenzahlungen auf Eigentümer, die nicht ohne Weiteres identifizierbar sind.

Es wird verschleiert: Zum einen können Aktien einem Besitzer nicht öffentlich zugeordnet werden, weil die Unternehmen etwa nur den Anteil der institutionellen Anleger wie Pensionsfonds angeben. Zum anderen befinden sich 82% der DAX-30-Aktien im sogenannten

Streubesitz. Dies sind Anteilsscheine, die dem Börsenhandel zur Verfügung stehen, sich nicht in festen Händen von Großaktionären befinden, also vom breiten Publikum erworben und gehandelt werden können. So müssen Beteiligungen an einem Unternehmen erst der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gemeldet und öffentlich gemacht werden, wenn diese mehr als drei Prozent der Stimmrechte betragen.

Es ist davon auszugehen, dass ein größerer Teil der nicht zuzuordnenen Aktien im Besitz von Privataktionären ist. Manche Aktie landet im Steuerparadies. Die Aktionärsstruktur der Deutschen Bank zeigt, dass der Investor HNA seine Anteile über einen Vermögensverwalter mit Sitz auf den Kaimaninseln hält. Zudem haben zwei weitere Firmen mit Sitz in einem klassischen Steuerparadies Anteile von jeweils knapp über drei Prozent an Deutschlands größtem Finanzinstitut.

# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Die 250. Montagsdemo am Frankfurter Flughafen zeigt, dass die Menschen sich mit den Folgen des ständigen Flughafenwachstums nicht abfinden, sondern um ihr Recht auf Ruhe und eine intakte Umwelt kämpfen, erklärte der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“. Jetzt - zum Ende der Legislaturperiode - zeige sich, dass die Umsetzung der Vereinbarungen, die im schwarz-grünen Koalitionsvertrag verankert sind, keine durchgreifenden Entlastungen bewirken. Besonders erschreckend sei die Durchlöcherung des 6-stündigen Nachtflugverbots von 23 bis 5 Uhr durch Billigflieger wie Ryanair, gegen die der Planfeststellungsbeschluss keinen ausreichenden Schutz gewährt.

## Keine Reduzierung der Verspätungsflüge

Der Chef des Frankfurter Flughafens, Stefan Schulte, wird keinen Antrag auf Reduzierung der Verspätungsflüge zwischen 23 Uhr und Mitternacht stellen.

Manche Leute fürchten den Sommer mit seinen schönen Tagen. Sie leben im Umland des Frankfurter Flughafens. Wenn andere draußen sitzen, die lauen Abende genießen oder sich in ihren Gärten aufhalten, flüchten diese Menschen nach drinnen, verrammeln Türen und Fenster und hoffen auf etwas Ruhe.

Denn oft donnern im Minutentakt, 18 Stunden am Tag, Flugzeuge im Landeanflug über die Köpfe der Flughafenanwohner hinweg. Unerträgliches Lärm zwischen 70 und 90 Dezibel pro Flugzeug.

Die Zahl der verspäteten Starts und Landungen nach 23 Uhr hat drastisch zugenommen. 2017 gab es laut

Wirtschaftsministerium rund 1100 Ausnahmen. Das alles ist „legal“.

Die Forderung der Fluglärmmmission, die laut Planfeststellungsbeschluss zulässigen durchschnittlich 7,5 Verspätungsflüge pro Nacht auf drei bis 3,5 zu reduzieren, hält Flughafenboss Schulte für Populismus.

Nicht vergessen: Die erste Maßnahme der Freien Wähler und ihres „Ersten Stadtrats“ Burkhard Ziegler: Alle Protestschilder am Wasserturm und in der Stadt müssen entfernt werden. Auch damals schon kuschte die SPD.

## Flughafen belastet Umgebung mit Ultrafeinstaub

Neue Messungen in der Umgebung des Frankfurter Flughafens zeigen „auffällige“ Ergebnisse. Die Umgebung des Frankfurter Flughafens ist besonders stark mit Ultrafeinstaub belastet. Das geht aus Messungen des Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie hervor.

## Wissenschaftler warnen

Eine aktuelle Studie des Zentrums für Kardiologie der Uniklinik Mainz kommt zu dem Ergebnis, dass bei Menschen, die ständig Fluglärm ausgesetzt sind, das gefährliche Vorhofflimmern des Herzens deutlich zunimmt. In einer aktuellen Studie haben Wissenschaftler des Zentrums für Kardiologie ein Enzym identifiziert, welches für fluglärmbedingte Gefäßschäden verantwortlich ist. Sie konnten weiterhin zeigen, dass Nachtfluglärm eine besonders schädliche Wirkung hat und fordern daher, die Nachtruhe unbedingt vor Lärm zu schützen.

Fluglärm führe zu einer vermehrten Ausbildung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen - wie eine Reihe von Vorläuferstudien inzwischen zweifelsfrei zeigen konnte. Neue Befunde erklärten möglicherweise auch die „kognitiven Entwicklungsstörungen bei Kindern nach Fluglärmexposition“.

„Die ersten Zwischenergebnisse sind auffallend, aber sie sind kein Grund zur Panik“, meinte die grüne Umweltministerin Priska Hinz.

Ultrafeinstaub besteht aus so winzigen Partikeln, dass sie bei der Messung von Feinstaub nicht erfasst werden. Es gibt Hinweise darauf, dass sie der Gesundheit schaden. Toxikologische Studien wiesen „auf eine hohe Lungengängigkeit der ultrafeinen Partikel hin“. Bisher bestehen weder Verpflichtungen zur Messung von Ultrafeinstaub noch sind Grenzwerte festgelegt.

## DANKE

Wir bedanken uns für Hinweise und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG,  
IBAN

DE37 5085 2553 0009 0034 19

# Stadtgeschichten



Ein schönes Foto aus den 1920er Jahren, aufgenommen im Hof der Metzgerei von Peter Vinson 4. (Metzger-Peter) in der oberen Langstraße Nr.15. Wie auf einem im Dezember 2009 im „blickpunkt“ an dieser Stelle gezeigten Foto seines Metzgerladens zu sehen, schrieb sich diese Familie Winson damals noch mit „V“. Das heutige Bild zeigt zwei erwachsene Frauen und acht Kinder. Anscheinend war an dem Tag eine Familienfeier oder ein Kindergeburtstag angesagt, wozu auch Tante Tilly aus Solingen angereist war und auch ein Teil der Jourdan-Verwandschaft aus der unteren Langstraße („Unnerdorf“) dazukam. Leider war nicht mehr zu erfahren. Aber auf der Rückseite des Fotos sind die Namen der Abgebildeten erwähnt. Es sind v. links: Katharina Zwilling, Tilly Strunk (Tante aus Solingen), Elli Jourdan, Elli Baumann, Jakob Jourdan, Lieschen Jourdan, Jakob Jourdan, unbekannt, Katharine Jourdan, Dina Jakob. Interessant ist auch, dass fünf der acht Kinder barfuß waren - damals für viele Kinder über die Sommermonate hinweg selbstverständlich, da ihre Eltern bei der oft großen Kinderzahl nicht immer das Geld für neue Schuhe aufbringen konnten.



Liebe Leserinnen, liebe Leser.

Wir freuen uns, wenn sie dem „blickpunkt“ helfen. Durch Mitarbeit, Infos und Hinweise.  
Wir freuen uns über alte und neue Fotos. Wir brauchen auch weiter ihre finanzielle Unterstützung.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

**Sommerpause im Kulturbahnhof  
vom 1. bis 31. Juli 2018**

### Irish Folk Session

Mittwoch, 1. August, 19:30 Uhr  
Eintritt frei

### Cocktailabend „Caipirinha“

Freitag, 3. August, 20 Uhr  
Eintritt frei

## KuBa



### Entspannt ins Wochenende

Shiatsu-Massageworkshop mit  
Gesund-Fit Shiatsupraktikerin  
Britta Rollwagen  
Samstag, 4. August, 11-12:30 Uhr  
Eintritt frei

### Spieleabend

Dienstag, 7. August, 20 Uhr  
Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der will midde große  
Hunde pisse gehe,  
kann awwer  
es Baa net hewe.